

Was in Deutschlands Politik schief läuft!

1. Teil

Dänemark löst sein Asylantenproblem mit Lunchpaketen statt Bargeld. Mit der Folge, dass es kaum noch Asylanträge in Dänemark gibt. Und bei uns in Deutschland? In den ersten vier Monaten des Jahres 2021 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) insgesamt 56.687 Asylanträge entgegengenommen. Das bedeutet einen Anstieg um 31,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, der allein auf eine gestiegene Zahl von Asylfolgeanträgen zurückzuführen ist (Januar bis April 2021: 19.361 Folgeanträge, Vorjahreszeitraum: 5.625). Darüber hinaus lebten 235.771 Personen mit einer Duldung in Deutschland, von denen ein Großteil abgelehnte Asylbewerberinnen und -bewerber sind. Sie verfügen über kein Aufenthaltsrecht. Insgesamt leben 1,9 Millionen „Flüchtlinge“ in Deutschland. Tendenz steigend.

Corona-Politik: Schweden ignoriert Corona und dennoch sterben in dem skandinavischen Land nicht mehr Menschen als in anderen Ländern. In den Medien wird darüber kaum berichtet. Gleiches gilt für Großbritannien. Dort gehe die Zahlen Erkrankter oder gar Todesopfer rasant zurück, obwohl fast alle Schutzmaßnahmen eingestellt wurden. In Deutschland droht dagegen ein Impfpflicht durch die Hintertür. Impfunwillige sollen – geht es nach führenden CDU-Politikern – vom öffentlichen Leben ausgeschlossen werden.

2. Teil

Die Schweizer Bürger entscheiden per Volksabstimmung selbst, was sie möchten. Ob Euro-Einführung, Grenzöffnung für Asylbewerber, Rundfunkgebühren oder vieles andere mehr, in unserem kleinen Nachbarland herrscht Demokratie. Bei brisanten Themen entscheidet das Volk direkt. Und bei uns? Niemand wurde 2001 gefragt ob wir unsere stabile D-Mark für den Euro abschaffen wollen. Auch 2015 nicht, als Frau Merkel mit der CDU im Schlepptau faktisch im Alleingang entschied, dass etwa eine Million, meist Wirtschaftsflüchtlinge, nach Deutschland eingelassen werden. Und dass, obwohl Deutschland von sicheren Herkunftsländern umgeben ist. Ein klarer Gesetzesbruch am Volk vorbei.



Holland zahlt 100 Prozent Rente, Österreich 80 Prozent. In Deutschland erhalten Rentner gerade einmal etwas unter 50 Prozent Rente. Dabei unterscheiden sich die Lebenshaltungskosten nur unwesentlich von denen unserer direkten Nachbarländer. Sind Holland und Österreich wirtschaftlich potenter als Deutschland, sodass diese sich solche „Luxusrenten“ leisten können? Mitnichten! Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Außer in der AfD ist das Thema höhere Renten für die anderen Parteien kein Thema. Stattdessen lassen wir uns die Asylpolitik bis 2020 87,3 Milliarden Euro kosten. Nun wurden erneut 64,5 Milliarden Euro bewilligt, damit es Menschen zugutekommt, die noch nie in unser Rentensystem eingezahlt haben.

In Deutschland gibt es offenbar keine Ansteckungsgefahr, wenn rund 80.000 für „Christoph“ und schwules Leben demonstrieren. Sie gibt es offenbar auch nicht, wenn für „Black lives Matter“ demonstriert wird. Eine große Infektionsgefahr herrscht aber wohl, wenn Kritiker gegen staatlich verordnete Spritzen auf die Straße gehen. Dann gilt: Fäuste frei für die Berliner Polizei.

**NICHT INS ALTPAPIER!
Nach dem Lesen weitergeben.**

Spendenkonto:

Alternative für
Deutschland
KV Bautzen
Bank:
OSK Dresden
IBAN:
DE16 8505 0300
0225 7855 52

Betreff: Kreisverband
Bautzen Spende

Impressum:

Alternative
für
Deutschland

Kreisverband Bautzen
vertr. d. d. Vorstandsvorsitzenden Karsten Hilde
Karl-Marx-Straße 15
02625 Bautzen
Tel.: 03591 5328336
info@afdbautzen.de
www.afdbautzen.de

Druck:
Druckhaus Scholz GmbH
Pforzheimer Platz 8
02977 Hoyerswerda

Normalität? Nicht mit PCR und Co.!

Im Moment scheint Normalität eingezogen zu sein. Im Supermarkt kann man zwischenzeitlich wieder in, zumindest teilweise, freundliche Gesichter schauen, je nach Stimmungslage ein Lächeln erhaschen. Leider handelt es sich nur um eine Momentaufnahme. Die Regierungen planen im Herbst, „die Zügel wieder anziehen“, wie es unsere Gottkanzlerin mit in der den Worten innewohnenden Menschenverachtung im letzten Jahr äußerte. Den Regierungen kann nichts Besseres passieren, als, ohne die Parlamente fragen zu müssen, ihre zerstörerische Politik weiterführen zu können. Warum sollten die Regierungen jetzt freiwillig ihre Macht wieder aufgeben? Der Testlauf 2020/2021 hat „wunderbar“ funktioniert. Viele Menschen in unserem Land haben sich durch die tägliche Angst- und Panikpropaganda dazu drängen lassen, vollkommen unsinnige und teilweise absurde Maßnahmen über sich ergehen zu lassen. Einige lassen sich in Einkaufszentren oder in Partymeilen spritzen. Dass an diesen Orten eine ausreichende Beratung über die nicht unerheblichen Risiken stattfindet, darf bezweifelt werden.

Das Grundübel ist nach wie vor der PCR-Test, der laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) nicht in der Lage ist, eine Infektion nachzuweisen. Er und die Medien, die täglich Angst vor einer Krankheit verbreiten, die laut WHO mit einer mittelschweren Grippe vergleichbar ist, sind die stärksten Waffen, um unsere Demokratie grundlegend auszuhöheln und die Menschen dauerhaft ihrer Freiheit zu berauben.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat, von den Leitmedien totgeschwiegen, schon am 07.04.2020 ein Positionspapier beschlossen, in welchem sie forderte, alle am 15.03.2020 beschlossenen Maßnahmen schrittweise wieder aufzuheben. Seitdem hat die AfD-Fraktion schon mehrmals, das erste Mal bereits am 06.05.2020, die Aufhebung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite gefordert. Auch dies wurde von den Leitmedien totgeschwiegen.

Auf dem BPT in Dresden brachte ich gemeinsam mit weiteren Delegierte eine Corona-Resolution ein, in der wir u.a. forderten, ein unabhängiges Expertengremium einzusetzen, den PCR-Test nicht als alleiniges Indiz für eine Infektion zu nutzen, den Menschen ihr Selbstbestimmungsrecht und die grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte allumfassend zurückzugeben.



Dieses Mal stieß die Resolution auf großes Interesse bei den Leitmedien, die sie allerdings in bewährter Manier zu diskreditieren versuchten. NTV titelte gar „AfD fasst Radikalresolution zu Corona-Kurs“.

Zu einem weiteren Positionspapier aus meiner Feder „Weg vom Test – zurück zum Arzt – fast alle sind gesund“ wird gelegentlich gefragt, ob es nicht gefährlich sei, den Test aus der Diagnose auszuschließen. Wenn aber der Test, so wie gegenwärtig durchgängig praktiziert, das einzige Diagnoseinstrument ist, auf dessen Ergebnissen alle ergriffenen Maßnahmen beruhen, darf der Test nicht alleinig eingesetzt werden. Es muss stattdessen zu der bewährten Diagnose durch den Hausarzt zurückgekehrt werden. Dabei bleibt es dann dem Arzt überlassen, ob er den Test neben den bewährten Diagnoseverfahren, wie Symptomanalyse und Krankengeschichte zusätzlich einsetzen will. Bei diesem traditionellen Diagnoseverfahren, das sich auf die tatsächlichen Symptome bezieht, treten die im Testverfahren falsch positiv ge-

testeten Personen gar nicht in Erscheinung. Die Zahl der tatsächlich, also mit Symptomen Erkrankten ist außerordentlich gering. Sie liegt im Promillebereich der Gesamtbevölkerung. Sie ist so gering, dass damit keinerlei Eingriffe in das öffentliche Leben, das private Leben und das Wirtschaftsleben zu rechtfertigen sind. Sie sind auch so gering, dass der völlig unnötig angeheizte Impfdruck sofort aufgegeben werden kann, auch im Hinblick auf die erheblichen Bedenken, die von vielen Fachleuten zu der überhasteten Entwicklung dieser neuen Impfstoffe und der Impfschäden geäußert werden.

In einem am 02.08.2021 aktualisierten Artikel berichtete die Berliner Zeitung, dass laut Paul Ehrlich Institut bis Ende Juli offiziell 10.578 Verdachtsfälle gemeldet wurden, bei denen in den Tagen nach einer Impfung schwerwiegende, unerwünschte Reaktionen auftraten, sodass die Geimpften ins Krankenhaus gebracht werden musste. Dazu zählen auch 1028 Todesfälle. Die Dunkelziffer wird weit höher liegen. Eine Krankenschwester, die in der Notaufnahme arbeitet, berichtete mir, dass sich mehrere Ärzte weigerten, Fälle, bei denen Menschen wegen starker Impfreaktionen in die Notaufnahme kamen, als solche zu klassifizieren und weiter zu melden.

Wegen all dieser katastrophalen Entwicklungen ist unsere nachdrückliche Forderung:

„Weg vom Test – zurück zum Arzt – fast alle sind gesund“

Da diese Forderung bei den Altparteien verhallen wird, hat Jeder, dem noch etwas an seiner Freiheit und der seiner Kinder und Enkel liegt und der die freiheitlich demokratische Grundordnung verteidigen will, am 26.09.2021 nur die Alternative, **die Alternative für Deutschland** zu wählen.



Mit der Islamisierung kommt die Gewalt

chen Lebensstiles“. Hört man doch immer wieder, oder? Herr, wirf Hirn vom Himmel - ist man geneigt zu rufen.

„Ehrenmorde“ sind ein grausamer Teil der neuen multikulturellen, genauer: islamischen Wirklichkeit in Deutschland. Mit Buddhisten oder Atheisten gibt es diese Probleme ja nicht. Der andere Teil ist die massive Zunahme von Gruppenvergewaltigungen von Frauen und Mädchen. 2020 wurden 704 Fälle angezeigt. Jeder zweite Tatverdächtige hatte keine deutsche Staatsangehörigkeit. Die meisten Täter kämen aus „muslimischen Ländern“. Die Vertreter der etablierten Parteien und politische korrekte Kommentatoren werden nicht müde zu erklären, dass der Islam damit nichts zu tun habe. Aber selbst die Studien staatsnaher Institutionen kommen zu einem eindeutigen Ergebnis: 2010 ergab eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Religiosität und Gewaltbereitschaft von Jugendlichen. In 61 Städten wurden 45.000 Schüler befragt. Unter muslimischen Jungen wächst die Gewaltbereitschaft mit zunehmender Bindung an den Islam. Dagegen geht die Gewaltbereitschaft

von Jungen mit zunehmender Bindung an das Christentum zurück.

Die etablierten Parteien und die Presse verschweigen und verharmlosen die massive Gewalt, die von Muslimen in Deutschland ausgeht. Selbsternannten Feministinnen geht es nur um die Gender-Sprache. Das tausendfache Leid der vergewaltigten und ermordeten Frauen interessiert sie nicht.

Die Kultur der Frauenverachtung wird nicht von allen Muslimen geteilt, aber - wissenschaftlich belegt - von vielen bzw. zu vielen. Die AfD stellt sich dieser Entwicklung als einzige entgegen mit der Forderung nach Zurückweisung von Migranten an der Grenze, Abschiebung krimineller Ausländer, dem Verbot der Auslandsfinanzierung von Moscheen und der konsequenten Durchsetzung des Rechtsstaates. Hätte die AfD in den letzten Jahren regiert, wären die meisten Ehrenmörder und Sexualverbrecher nicht in Deutschland. Dies ist unser Land. Hier gelten unsere Regeln, unsere Verfassung und unsere Werte. Und die werden wir nicht verhandeln.

Beatrix von Storch

Die Gewaltkriminalität gegen Mädchen und Frauen hat wegen der Masseneinwanderung eine ganz neue und grauenhafte Dimension erreicht.

Ehrenmorde etwa waren in Deutschland früher unbekannt, jetzt erschüttert der Fall der zwei afghanischen Brüder unser Land, die ihre 34jährige Schwester ermordeten, weil sie ihren „westlichen Lebensstil“ ablehnten und ihre Leiche sodann in einem Koffer mit dem Zug durch das Land fuhren. Berlins linke, sogenannte „Integrationssenatorin“ meint dazu, „Männer“ seien das Problem. Sie müssten besser „integriert“ werden. Die Zahnarztöhne Markus und Tobias ermorden ihre Schwester Sabine, wegen ihres „westli-

Helfen Sie uns, Deutschland wieder auf Kurs zu bringen!

1. Gehen Sie wählen!

Freie Wahlen gelten gemeinhin als eines der Hauptmerkmale einer Demokratie. Das Recht, die Volksvertreter wählen zu dürfen, wurde von unseren Vorfahren hart, teilweise mit dem Einsatz des eigenen Lebens, erkämpft. Nicht wenige Bürger in unserem Land sind sich dessen nicht bewusst. Sie verzichten, teilweise aus Bequemlichkeit, teilweise, weil sie die Sinnhaftigkeit der Wahl in Frage stellen, auf ihr Wahlrecht. Eine nicht abgegebene Stimme nützt allerdings vor allem den Altparteien, die allesamt dabei sind, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung auszuhöhlen und sie durch ein totalitäres System von Gängelung, Verboten und Unfreiheit zu ersetzen. Sie wissen, dass sie hierbei in den ländlichen Räumen auf Gegenwehr stoßen. Deswegen wird den Bewohnern des ländlichen Raumes die Wahl immer umständlicher gemacht. Die Anzahl der Wahllokale wird verringert. Die Wege, um von seinem guten Recht Gebrauch machen zu können, werden immer länger. Bitte lassen Sie sich davon nicht abhalten. Gehen Sie wählen!

2. Werden Sie Wahlbeobachter

Gerade in unseren Breiten können wir den Wahlhelfern, die in den Wahllokalen die Stimmen auszählen, großes Vertrauen entgegen bringen. In all den Jahren, in denen ich Wahlbeobachter war, gab es keinerlei Unregelmäßigkeiten in den Wahllokalen. Ob auf dem Meldeweg in die Ber-

liner Zentrale genau solche vertrauenswürdigen Einzelpersonen arbeiten, kann nicht hundertprozentig gesagt werden, wobei ich das ausdrücklich niemandem unterstelle. Um Unregelmäßigkeiten von vornherein auszuschließen, bitte ich Sie, die Auszählung ab 18.00 Uhr zu beobachten und uns die Ergebnisse alsdann zu übermitteln. Melden Sie sich bitte unter der Mailadresse ines.kanzler@afdbautzen.de bei uns, damit wir wissen, welche Lokale mit Beobachtern besetzt werden und wo noch Beobachter gebraucht werden.

3. Unterstützen Sie uns bitte finanziell

Die linken Leitmedien schweigen uns und unsere Themen tot. Wenn sie dann doch über einzelne unserer Forderungen berichten, werden sie umgedichtet oder vollkommen absurde Beweggründe hinein interpretiert. Beredte Beispiele sind die Berichte über unsere Lösungsvorschläge zum Umgang mit Corona (siehe Seite 2). Wir sind daher gezwungen, unsere Lösungsansätze mit eigenen Druckerzeugnissen, wie sie jetzt eines in der Hand halten, zu

unseren Wählern zu bringen. Diese Druckerzeugnisse sind in der Menge sehr kostenintensiv.

Die Altparteien können sich über üppige Spenden von Großkonzernen freuen, haben Beteiligungen an Immobilien, großen Verlagen oder sie profitieren, wie die Linken von den Milliarden der Vorgängerpartei, der SED.

Die AfD ist einzig und allein auf Spenden aus der Bürgerschaft und vor allem aus mittelständischen Unternehmen angewiesen.

Deswegen bitte ich Sie höflichst aber genauso eindringlich, uns auch finanziell zu unterstützen, damit wir Sie auch weiterhin unabhängig von Leitmedien über unsere Lösungsansätze informieren können. Jeder Euro zählt! Parteispenden sind natürlich bei Ihrer Steuererklärung absetzbar.

IBAN:
8505 0300 0225 7855 52
Zahlungsgrund: Wahlkampfspende



Vielen Dank!
Ihr Karsten Hilse, MdB;
Direktkandidat Wahlkreis BZ I;
Vorsitzender KV Bautzen

WAHLPROGRAMM

Demokratie und Rechtsstaat

- Das Volk ist der Souverän
- Volksabstimmungen nach Schweizer Modell
- Die Gewaltenteilung gewährleisten
- Entpolitisierung der Justiz
- Verfassungsschutz reformieren
- Trennung von Amt und Mandat
- Macht der Parteien beschränken
- Verkleinerung der Parlamente
- Mandats- und Amtszeiten begrenzen
- Lobbyismus eindämmen
- Leistung statt Quote - ohne Diskriminierung

EU und Europa

- Ein Europa der Vaterländer
- Zurückführung der EU in freien Staatenbund

Steuern und Finanzen

- Keine EU-Steuern
- weniger Steuerarten, verständliche Systematik
- Abschaffung der Substanzsteuern
- Wohnungseigentümern fördern
- Elementare Steuergerechtigkeit
- Einführung einer Digitalsteuer

Wirtschaft: Für einen „Blue Deal“

- Wirtschafts- und Innovationspolitik Deutschland
- Den Mittelstand entlasten
- Politisch induzierte Belastungen aussetzen
- Technologieführerschaft mit „Blue Deal“
- Soziale Marktwirtschaft statt sozialistischer „Industriepolitik“

Der Euro ist gescheitert

- Aus dem Euro-System austreten
- Hilfskredite nur auf nationaler Ebene
- Inflation durch Corona-Maßnahmen beenden
- EZB-Nullzinspolitik beenden
- Bargeld ist Freiheit und Schutz vor Enteignung
- Target-2 beenden, Geldsystem reformieren
- deutsches Staatsgold zurück nach Deutschland

Außen- und Verteidigungspolitik

- Außenpolitik an deutschen Interessen ausrichten
- Wiederherstellung der Wehrfähigkeit
- Stabilität als Sicherheits- u. Wirtschaftsinteresse
- Deutschlands wirtschaftlichen Stärken ausbauen
- Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

Innere Sicherheit

- Linke Gewalt entschieden bekämpfen
- Bekämpfung der Ausländerkriminalität
- Jugendstrafrecht reformieren
- Grenzschutz ist nationale Aufgabe
- Reform der Polizei
- Fahndungsmöglichkeiten verbessern
- Organisierte Kriminalität bekämpfen
- Sicherheit der Bürger u. Strafjustiz verbessern

Islam, Migration, Asyl und Integration

- Asylmissbrauch beenden
- Die unlösbaren Folgeprobleme
- Asylparadies Deutschland schließen
- Abschiebung und Rückkehr
- Leben retten und soziale Gerechtigkeit
- Hilfe vor Ort statt Tod auf dem Weg nach Europa
- Zuwanderung wieder national regeln
- Qualifizierte Zuwanderung, Integration
- Deutsche ist Staatsangehörigkeit kostbares Gut

Familienpolitik

- Familien stärken und fördern
- Ursachen der demografischen Katastrophe
- Leistungsfähigkeit der Familien erhalten
- Familien unterstützen
- Familienfreundliches Deutschland
- Willkommenskultur für Kinder
- Trennungsfolgen mindern
- Verantwortungsvolle Kinderbetreuung
- Das Geschlecht ist biologische Tatsache

Arbeits- und Sozialpolitik

- EU-Ausländern in unseren Sozialsystemen
- Nationale Gesetzgebungshoheit im Sozialrecht
- Keine Auszahlungen auf ausländische Konten
- Lohndumping in der Leiharbeit verhindern
- Mindestlohn beibehalten
- Arbeitsleben würdigen – AG I gerecht gestalten
- Reform der Arbeitslosenversicherung
- Aktivierende Grundsicherung
- Arbeitsrecht reformieren und vereinfachen
- Gezielte Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit
- Fairer Lohn für schwerbehinderte Menschen

WAHLPROGRAMM

Das Rentenkonzept der AfD

- Renten zukunftsfest, Altersarmut verhindern
- Freiheit beim Renteneintritt
- Abschaffung der Politikerpensionen
- Beamtenstatus nur für hoheitliche Aufgaben
- Gerechtigkeit zwischen Familien und Kinderlosen
- Gerechtigkeit bei der Überleitung der Ostrenten
- Keine Doppelbesteuerung
- Umlagefinanzierte Rente stärken
- Wehrdienst rentenpolitisch würdigen

Gesundheitspolitik

- Schluss mit unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen
- Impfen muss freiwillig bleiben
- Parl. Untersuchungsausschusses Corona
- Auskömmliche Finanzierung für Krankenhäuser
- Ambulante Versorgung auf dem Land
- Zugang zu Heil- und Hilfsmitteln
- Pflegenotstand, Kurzzeitpflege, häusliche Pflege
- Vereinfachung der Pflege-, Krankenversicherung
- Verlässliche Arzneimittelversorgung
- Cannabis nur in der Medizin
- Den Beruf des Heilpraktikers erhalten
- Souveränität des Patienten über eigene Daten
- WHO grundlegend reformieren

Bildung, Wissenschaft und Forschung

- Mut zur Leistung statt Akademisierungswahn
- Mehrgliedriges Schulsystem erhalten
- Berufliche Bildung stärken
- Förder- und Sonderschulen erhalten
- Neutralität der Schule wiederherstellen
- Deutsches Kulturgut im Unterricht vermitteln
- Kein bekenntnisgebender Islamunterricht
- Keine Sonderrechte für Muslime an Schulen
- Verfassungsfeindliche Moscheevereine
- Diplom und Magister wieder einführen
- Autonomie der Hochschulen Freiheit von Forschung
- Kein Geld für „Gender Studies“

Kultur

- Deutsche Leitkultur statt „Multikulturalismus“
- Deutsche Sprache als Zentrum unserer Identität
- Kulturförderung
- Brauchtum und Gedenken

Medien

- GEZ abschaffen
- „Cancel Culture“ bekämpfen
- Meinungsfreiheit statt Tugendterror

Bauen, Wohnen, Mieten

- Wohneigentumsförderung
- Mehr Wohngeld statt Sozialer Wohnungsbau

Klima, Energie, Technik und Digitalisierung

- Dem Klimawandel positiv begegnen
- Kernforderungen zur Klimapolitik
- Nein zum „Green Deal“
- Digitalisierung muss uns Menschen dienen
- Datenschutz und Datensicherheit
- Infrastruktur für Ausbau der Digitalisierung
- Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung
- Digitale Souveränität

Verkehrspolitik

- Motorisierten Individualverkehr schützen
- Transitverkehr auf Schiene und
- Sichererer verlässlicher Schienenverkehr
- Flugverkehr als Wirtschaftsfaktor stärken
- Deutsche Automobilindustrie erhalten
- Stadt und Land gleichrangig entwickeln
- Entscheidungen näher zum Bürger bringen
- Landschaft als Teil regionaler Identität
- Kommunen stärken, Erfüllung der Pflichtaufgaben
- Ausbau digitaler Infrastrukturen beschleunigen
- Nord Stream 2 endlich fertigstellen

Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz

- EU-Agrarpolitik renationalisieren
- Familienbetriebe in den Mittelpunkt stellen
- Düngung am Bedarf der Pflanze orientieren
- Praxiskonformen Pflanzenschutz etablieren
- Tierwohl, Haltung und Transport
- Schutz der heimischen Ökosysteme verbessern
- Zeitgemäßes Wildtiermanagement umsetzen
- Unsere Wälder schützen und bewahren
- Gesunde Lebensmittel aus heimischer Produktion
- Wasserversorgung in öffentlicher Hand belassen
- Ausbau erneuerbare Energien einschränken



Wohneigentum fördern – bezahlbaren Wohnraum schaffen

Am Ende ihrer Amtszeit hinterlässt Angela Merkel Deutschland als ein Land im Niedergang. Neben zunehmender Inflation,

unsicherer Energieversorgung und einer katastrophalen Sicherheitslage in den Großstädten ist die Neue Deutsche Wohnungsnot sicherlich eine der verheerendsten Hinterlassenschaften der Ära Merkel.

Während es für weite Teile der Mittelschicht in den Großstädten mittlerweile fast unmöglich ist, bezahlbaren Wohnraum zu finden, sind ländliche, strukturschwache Regionen immer noch in hohem Maße von Abwanderung und Wegzug betroffen, stehen dort immer noch Wohnungen leer.

Die Wohnraumkrise ist dabei nicht vom Himmel gefallen. Sie ist vielmehr das Ergebnis von Untätigkeit und politischem Versagen. Bereits vor 2015 zeichnete sich eine Anspannung der Wohnungsmärkte in den Ballungsräumen ab. Ursache dafür waren die andauernde Landflucht und der Zuzug aus den Ländern der EU-Osterweiterung. Die Grenzöffnung des Jahres 2015 und der Zuzug von mehr als einer Million Menschen wirkte in dieser Situation wie ein Brandbeschleuniger. Die angespannten Wohnungsmärkte konnten die Masse der „neu Zugezogenen“ einfach nicht mehr verkraften und haben sich bis heute nicht davon erholt.

Die Regierung Merkel hat es dann geschafft, in dem von ihr angerichteten Desaster weitere desaströse Fehlentscheidungen zu treffen, die die negativen Effekte der vorangegangenen Fehlentscheidungen weiter verstärkt haben.

Anstatt die Grenzen zu schließen, illegale Zuwanderer konsequent abzuschieben und die Schaffung neuen, bezahlbaren Wohnraums zu ermöglichen, wurde an verschärften energetischen Vorgaben für den Neubau festgehalten und die Baukosten dadurch weiter in die Höhe getrieben. Gleichzeitig wurde das Baurecht immer weiter verkompliziert. Musste ein Bauherr zu Beginn der 90er Jahre ca. 5.000 Vorschriften beachten, sind es gegenwärtig etwa 20.000.

Neben den Kernforderungen, die deutschen Grenzen zu schützen und illegale Zuwanderer konsequent abzuschieben, hat sich die AfD daher auch wiederholt für die Entrümpelung des Baurechts und insbesondere für die Abschaffung überzogener energetischer Standards zur Senkung der Baukosten eingesetzt.

Weiterhin fordert die AfD, die Anbindung der Großstädte an die Umlandgemeinden zu verbessern, damit diese ihre Entlastungsfunktionen für den großstädtischen Wohnungsmarkt wahrnehmen können. Die Metropolen und ihr Umland müssen zusammen gedacht und geplant werden. Wichtig ist dabei insbesondere der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (Straße, Schiene, ÖPNV). Nur so wird es gelingen, die Wegezeiten zwischen Wohn- und Arbeitsort kurz zu halten.

Daneben muss auch die ober- und unterirdische Infrastruktur in den ländlichen Räumen ausgebaut werden, damit die anhaltende Landflucht gestoppt und der weitere Zuzug in die Metropolen abgeschwächt wird.

Neben diesen Punkten wird sich die AfD auch zukünftig dafür einsetzen, dass der Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums stärker gefördert wird. Die Wohneigentumsquote in Deutschland gehört zu den geringsten in ganz Europa. Die bisherigen Instrumente der Wohnraumförderung sind also offenbar nur bedingt geeignet, die Wohneigentumsquote effektiv zu erhöhen.

Die AfD fordert daher, die Grunderwerbsteuer auf selbstgenutzte Wohnimmobilien ersatzlos zu streichen, staatliche Wohnungsunternehmen sollen Mietern ihre Wohnung zum Kauf anbieten. Wohnungsbaugenossenschaften sollen bei Vergabe von Wohnbauland bevorzugt werden, um mehr Bürgern den Einstieg in das Wohneigentum zu erleichtern.

Schließlich sollen staatliche Bürgschaften als Eigenkapitalersatz für bis zu 10 % des Objektwertes den Kauf von selbstgenutztem Wohnraum ermöglichen.

Zusammenfassend wird sich die AfD auch in den kommenden Jahren, auf allen Ebenen für eine realistische Bau- und Wohnungspolitik zum Wohle des deutschen Volkes einsetzen.

Udo Hemmelgarn, MdB

Ökosozialismus verhindern – Freiheit und Wohlstand erhalten!

Die große Mehrheit der Deutschen ist weiterhin vom Auto abhängig. Dennoch gab es in Deutschland nie zuvor eine ähnlich autofeindliche Politik – zum Leidwesen vor allem von Familien, Arbeitnehmern und der Landbevölkerung. Die Kinder zum Fußballtraining fahren, noch schnell die Wocheneinkäufe machen oder mit dem Auto zur Arbeit pendeln – all das wird schwieriger werden, wenn sich die Ökosozialisten aller Parteien durchsetzen. Mittels Fahrverboten, Parkplatzmangel, Fahrbahnverengungen und immer höheren Steuern und Abgaben soll das privat genutzte Automobil immer unattraktiver und teurer werden. Den Maßnahmen gegen den Individualverkehr steht kein entsprechender Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel gegenüber, schon gar nicht auf dem Land. Das trifft vor allem die Menschen, die aufgrund ihres Wohnorts, ihrer familiären Situation oder ihres Berufes auf das Auto angewiesen sind.

Dabei verdient der Staat an den Autofahrern gut: Allein 2019 zahlten Kraftfahrer über Steuern für Energie und Mineralöl rund 40 Milliarden Euro



in den Bundeshaushalt ein, weitere acht Milliarden kamen über die LKW-Maut hinzu. Tatsächlich laufen über die Straße rund 70 Prozent der Transportmenge, über die Schiene nur 20 Prozent. Dennoch werden für Neubau, Erhalt und Betrieb der Bundesfernstraßen nur etwa 12 Milliarden Euro aufgewendet, während in die Schiene 18 Milliarden fließen. Die AfD fordert daher, die Verkehrswege entsprechend ihrer Transportmenge zu finanzieren. Für den Straßenverkehr bedeutet dies ein Ende der erzwungenen Einschränkung der Leistungsfähigkeit des PKW, indem der Investitionsstau behoben und das Straßennetz erwei-

tert wird. Und für den Bürger heißt das: Weniger Stau, mehr Zeit für Familie, Arbeit und Freizeit.

Abgesehen davon ist die erzwungene Verkehrswende eine Gefahr für die Wirtschaft in Deutschland. Im Jahr 2019 waren 833.000 Personen direkt in der Automobilwirtschaft beschäftigt, der Jahresumsatz lag bei 436 Milliarden Euro. Damit handelt es sich um die mit Abstand wichtigste Branche des verarbeitenden Gewerbes. Ohne Rücksicht darauf führen die etablierten Parteien einen Kampf gegen den Verbrennungsmotor – und bedrohen damit Arbeitsplätze und Wohlstand in Deutschland. Nachdem die EU-Kommission und teilweise die Bundesregierung mit der Gleichstellung von synthetischen Kraftstoffen bereits eine wichtige AfD-Forderung übernommen haben, geht es jetzt darum, die einseitige Förderung der e-Mobilität zu beenden, von der vor allem China profitiert.

Wir sind die Partei der Freiheit - das Auto ist ein Teil dieser Freiheit

Dr. Dirk Spaniel, MdB

Im deutschen Interesse

Am 22. Juni dieses Jahres jährte sich zum achtzigsten Mal der Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion. Ein solcher Gedenktag bietet auch immer Anlass und Gelegenheit, den Stand der deutsch-russischen Beziehungen zu bilanzieren, zumal Deutschland immer Russlands wichtigster Partner in der EU war. Daher sollten wir diesem Verhältnis besonderen Wert beimessen.

Nach dem Tauwetter in den Jahren der Wiedervereinigung waren die Hoffnungen groß. Dann wurde allerdings Russlands - in Putins Bundestagsrede von 2001 - ausgestreckte Hand ausgeschlagen und die NATO erweiterte – entgegen der 1990 ausgesprochenen Garantien – ihr Verteidigungsgebiet bis an Russlands Grenze.

Spätestens seit Beginn der Ukraine-Krise kühlten dann die Beziehungen deutlich ab – mit Tendenz in Richtung eines neuen kalten Krieges.

Die AfD sieht in der Entspannung des Verhältnisses zu Russland die Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa und fordert in ihrem Programm zur Bundestagswahl die Einbindung Russlands in eine sicherheitspolitische Gesamtstruktur. Dazu gehören die Wiederaufnahme der regelmäßigen Gespräche im Rahmen des NATO-Russland-Rats, die Erweiterung und Vertiefung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen und Kooperation auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle.

Ein deutliches Signal der Entspannungspolitik wäre der Verzicht auf den Ausbau von militärischer Infrastruktur in unmittelbarer Nähe der jeweiligen Interessenssphären.

Auf dem Gebiet der Wirtschaft hält die AfD die Inbetriebnahme der Erdgasleitung „Nord Stream 2“ für unverzichtbar

und tritt sowohl für die Abschaffung der EU-Sanktionen gegen Russland als auch für den weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen ein.

Übrigens leidet Sachsen am stärksten unter diesen Sanktionen. Wie der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft Ende 2019 feststellte, ging das sächsische Exportvolumen mit Russland um 72,5% zurück. Leidtragend sind vor allem mittelständische Unternehmen des Maschinenbaus, eine der Säulen der Sächsischen Wirtschaft.

62,21% der innerhalb des Projektes „Deutschland spricht“ befragten Sachsen halten die Russland-Sanktionen für falsch. Interessant ist auch, dass dieses, von zahlreichen Medien initiierte Forum zu der Erkenntnis kam, dass in Deutschland und Sachsen Politik gegen die Mehrheitsmeinung gemacht wird. Gleichwohl setzt sich die Spitze der regierenden CDU für „weitere Strafmaßnahmen“ (Armin Laschet) ein. Und trotz der Reisen nach Moskau und St. Petersburg, bei denen sich Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer gern als Russland-Versteher ausgibt, hat die sächsische CDU-Fraktion im Landtag alle AfD-Anträge zur Beendigung der unsäglichen Sanktionen durch die Bank weg abgelehnt.

Ich erinnere mich noch gut an einen Vortrag Alexander Gaulands vor einigen Jahren, worin er unter anderem meinte, immer, wenn das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland gut gewesen sei, wäre es beiden Ländern gut gegangen. Daran hat sich nichts geändert und dafür setzen wir uns ein – im deutschen Interesse!

Jörg Urban, Mdl

Vernunft statt Ideologie!



Die Energiewende fußt auf der Hypothese, dass der Mensch mit seinen CO₂-Emissionen Klimaschwankungen maßgeblich beeinflusst. Dafür gibt es trotz milliardenschwerer Forschungen keinen einzigen wissenschaftlichen Beweis. Die einzigen „Beweise“ stammen aus Klimacomputermodellen. Deren Prognosen weichen immer weiter von den tatsächlich gemessenen Temperaturen ab. Der sogenannte Weltklimarat (IPCC) schreibt selbst:

„In der Klimaforschung und -modellierung müssen wir erkennen, daß wir es mit einem gekoppelten nichtlinearen chaotischen System zu tun haben, und daß daher eine langfristige Vorhersage zukünftiger Klimazustände nicht möglich ist.“

CO₂ ist ein Spurengas, dessen Konzentration in der Atmosphäre ca. 0,04 % (4 Moleküle auf 10.000 Moleküle) beträgt. In den letzten 150 Jahren seit Ende der Kleinen Eiszeit (gleichzeitig Industriellen Revolution) stieg die Konzentration von 3 auf 4 Moleküle pro 10.000 Moleküle. Diese Zunahme wird vom sogenannten Weltklimarat als Ursache für die derzeitige Erderwärmung benannt.

Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre und Temperaturschwankungen standen aber noch nie in der Erdgeschichte und auch heute nicht in einem Ursache-Wirkung-Zusammenhang. Wir fordern deshalb, jedwede CO₂-Besteuerung zu unterlassen!

Das Pariser Klimaabkommen, welches als Handlungsmaxime gilt, ist eine reine Absichtserklärung. Kein Mitgliedsland wird zu irgendetwas verpflichtet. Wenn ein Staat die selbst eingegangenen Verpflichtungen nicht einhält, drohen keinerlei Restriktionen. In ihm wird kein konkreter Temperaturwert genannt, von dem aus die Temperaturen nicht über 1,5 bzw. 2 Grad Celsius steigen sollen. Eine Überprüfbarkeit ist dadurch nicht gegeben.

Deswegen fordern wir, aus dem Übereinkommen auszusteigen! Deutschland ist am weltweiten anthropogenen CO₂-Gesamtausstoß mit ca. 2% beteiligt (China 28%). Selbst wenn die Theorie stimmte, dass die menschengemachten CO₂-Emissionen den Klimawandel maßgeblich beeinflussen, könnte Deutschland, wenn es innerhalb eines Jahres kein einziges Gramm CO₂ mehr emittierte, die Erderwärmung nur um 0,000653 Grad Celsius verringern.

Das EEG ist deshalb ersatzlos zu streichen!





VERANSTALTUNGEN

Karsten Hilse



Alternative
für
Deutschland

Do - 02.09.21 - 19.00 Uhr

OHORN – Sachsenkrone, Poststr. 1B
Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm -
Was die AfD wirklich will!

Di - 07.09.21 - 19.00 Uhr

BISCHOWSWERDA - Hotel Evabrunnen,
Altmarkt 30
Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm -
Was wäre wenn?

Mi - 08.09.21 - 19.00 Uhr

HOYERSWERDA – Kulturfabrik, Braugasse 1
1. Wahlforum der Sächsischen
Landeszentrale für politische Bildung mit den
Direktkandidaten der Parteien zur
Bundestagswahl 2021

Do - 09.09.21 - 18.30 Uhr

KÖNIGSBRÜCK - Hotel Stadt Königsbrück,
Weißbacher Str. 20-22
Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm -
Was die AfD wirklich will!

Fr - 10.09.21 - 19.00 Uhr

LOHSA - Herzogs Restaurant,
Alte Bahnhofstr. 4
Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm -
Was die AfD wirklich will!

Mo - 13.09.21 - 19.00 Uhr

BAUTZEN - Residence Hotel,
Wilthener Str. 32
Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm -
Was wäre wenn?
Gastredner: Stephan Brandner, MdB

Di - 14.09.21 - 19.00 Uhr

SOHLAND a.d. Spree - Gasthaus am
Stausee, Am Stausee 1
Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm
- Was die AfD wirklich will!

Mi - 15.09.21 - 19.00 Uhr

GÖDA - Restaurant Zum Hirsch,
Dresdener Str. 5
Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm
- Was die AfD wirklich will!

Do - 16.09.21 - 19.00 Uhr

ELSTRA - Gaststätte Schwarzes Ross,
Am Markt 2
Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm
- Was die AfD wirklich will!

Mo - 20.09.21 - 19.00 Uhr

HOYERSWERDA – Alleerestaurant,
Bautzener Allee 1B
Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm
- Was wäre wenn?

Di - 21.09.21 - 19.00 Uhr

BAUTZEN - Deutsch-Sorbisches
Volkstheater, Seminarstraße 12
2. Wahlforum der Sächsischen
Landeszentrale für politische Bildung mit
den Direktkandidaten der Parteien zur
Bundestagswahl 2021

Do - 23.09.21 - 19.00 Uhr

KAMENZ - Stadttheater Kamenz,
Pulsnitzer Str. 11
Wahlforum mit den Direktkandidaten der
Parteien
Veranstalter: Verein für politische Bildung
Kamenz